

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Bundesregierung und Atomindustrie drücken sich um die Endlagerung des Atommülls und gefährden so Mensch und Natur. Ernsthafte Anstrengungen zur endgültigen Beseitigung des Atommülls fordert **Siegrun Klemmer MdB**.

Seite 1

Das Programm "Jugend für Europa III" mit dem der Jugendaustausch in Europa massiv gefördert werden soll, stellt **Lissy Gröner MdEP** vor.

Seite 2

Gedanken über die Macht der Medien, die Pressefreiheit und die Verantwortung der Journalisten macht sich **Rudolf Müller MdB**.

Seite 3

Die Deutschen werden (demographisch) immer älter. Deshalb müssen Ihre Erfahrung und ihr Engagement besser genutzt werden, empfiehlt **Hans-Ulrich Klose MdB**.

Seite 3

49. Jahrgang / 79

26. April 1994

### **Atommüll endlagern nicht das Problem verlagern! Bonn's Pläne verdeutlichen Desaster der atomaren Entsorgung**

Von Siegrun Klemmer MdB

Nach dem Willen des energiepolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich Seesing soll zukünftig für den hochradioaktiven wärmeentwickelnden Atommüll der deutschen Atomkraftwerke eine oberirdische Zwischenlagerung von 100 Jahren als Entsorgungsnachweis gelten. Damit wird das Problem der Endlagerung auf weiteres hinausgeschoben und bleibt ungelöst.

Seit Jahren versuchen die Bundesregierung und die deutsche Atomwirtschaft der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß die Endlagerung radioaktiver Abfälle technisch kein Problem sei. Die neuen Pläne verdeutlichen aber umso mehr, daß die Endlagerung sich in Deutschland und weltweit in einer Sackgasse befindet. Alle drei deutschen Endlagerprojekte Gorleben, Konrad und Morsleben sind mit großen Fragezeichen belastet und das in erster Linie nicht mit politischen, sondern mit geowissenschaftlichen Fragezeichen.

Mit dem zu DDR-Zeiten genehmigten Endlager Morsleben glaubt die Bundesregierung ein geeignetes sicheres Endlager für schwachaktiven Müll gefunden zu haben. Die geologischen Befunde sprechen eine andere Sprache. Sie haben starke berechtigte Zweifel an der Funktionstüchtigkeit des Endlagers aufkommen lassen. Ungeachtet dessen wird ein Endlager weiterbetrieben, von dem immense Gefahren für Mensch und Natur ausgehen.

Die Situation des im Bau befindlichen Endlagers Schacht Konrad, für den Großteil der nicht wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle aus deutschen Atomanlagen geplant, ist nicht viel anders. Bedauerlicherweise ist jedoch die Diskussion nicht durch eine geowissenschaftliche Interpretation der Sachlage, sondern vielmehr durch politische und juristische Rangeleien gekennzeichnet.

Das für hochradioaktive wärmeentwickelnde geplante Endlager Gorleben, Betriebsbeginn frühestens 2007, gilt schon seit den 80er Jahren als Entsorgungsnachweis für deutsche Kernkraftwerke. Genau so lange ist nach den geologischen Erkenntnissen bekannt, daß ein "sicheres Endlager" in Gorleben nicht entstehen kann.

Ungeachtet dessen wurden keine Alternativen mehr in Betracht gezogen. Für die Atomwirtschaft und die Bundesregierung war das Problem der Endlagerung gelöst. Heute über ein Jahrzehnt später, schienen langsam auch die letzten Befürworter zu erkennen, daß die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Gorleben nicht möglich ist.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verändertes Umwelt  
mit wertvoller Rohstoff  
Recycling-Papier



Anstatt aber endlich Farbe zu bekennen, die politischen Konsequenzen aus der fatalen Entwicklung Gorlens zu ziehen, will man zum Wohl der Atomindustrie das Problem durch Zwischenlagerung um weitere 100 Jahre hinauszögern, ungeachtet der großen Risiken, die eine oberirdische Lagerung von hochradioaktivem Müll in sich birgt. Mit dieser Haltung folgt man einer Praxis, deren sich die Atomwirtschaft seit langem bedient: Probleme verlagern, hinauszögern und Scheinlösungen anbieten, um die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens Kernenergie zu gewährleisten. Zwischenlagerung ist aber im originären Sinn des Wortes "Entsorgung" keine Entsorgung. Die endgültige Beseitigung des atomaren Mülls bleibt weiter ungelöst.

Ich fordere die Bundesregierung auf, sich dem Problem der Endlagerung zu stellen und es nicht weiter hinauszuzögern. Alle Anstrengungen müssen der Prüfung von ernsthaften Alternativen gelten, es gibt keine andere Möglichkeit, der vorhandene atomare Müll muß endgelagert werden. Eine Lösung des Problems ist unausweichlich mit der Reduzierung des radioaktiven Mülls verbunden, denn nur wenn die Mengen überschaubar werden und kein weiterer Müll hinzukommt, besteht Hoffnung auf eine halbwegs befriedigende Lösung.

(-/26. April 1994/hgs/vo-he/ks)

\*\*\*\*\*

**Europa hautnah erfahren**  
**"Jugend für Europa III" jetzt verabschiedet!**

**Von Lisay Gröner MdEP**  
**Jugend- und kinderpolitische Sprecherin der SPD-Europasabgeordneten**

Das Programm "Jugend für Europa III" wurde jetzt vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet, nachdem es schon im jugendpolitischen Ausschuß einstimmig angenommen wurde. Die dritte Phase des Jugendaustauschprogrammes für die Jahre 1995 bis 1999 will den internationalen Jugendaustausch ausweiten. Die Kommission hat die Haushaltsmittel aufgestockt, damit es einen Masseneffekt gibt. Es geht um eine Bündelung der Initiativen im schulischen und universitären Rahmen, im Bereich der beruflichen Bildung und im eigentlichen Jugendaustausch. Der Jugendausschuß hat den Vorschlag gebilligt. Durch seine Änderungen will er mehr Aufmerksamkeit für die benachteiligten Jugendlichen wecken, für die Aspekte der Demokratie, die Bekämpfung der Ausgrenzung, die Verstärkung der europäischen Bürgerschaft und die Berücksichtigung der Erweiterung der Europäischen Union. Angesichts des Hasses vor den Türen Europas soll mit diesem Programm der Gedanke der Verständigung geweckt werden, um Frieden und Solidarität unumkehrbar zu machen.

Das Programm ist mit einer Gesamtsumme von 157 Millionen ECU, dies entspricht ungefähr 300 Millionen DM, ausgestattet und soll sich an den folgenden Aktionslinien orientieren:

- Aufbau von Projekten und Netzwerken; gefördert werden sollen hier unter anderem Jugendinitiativen und Projekte (zum Beispiel im Rahmen von Freiwilligenorganisationen), die Jugendlichen einen Aufenthalt in einem anderen europäischen Land ermöglichen;
- Aus- und Weiterbildung von Jugendbetreuern; gefördert werden sollen hier unter anderem Studienbesuche, Aufenthalte, Seminare und die Entwicklung von Ausbildungsmaterialien. Besonders gefördert werden sollen mit dieser Aktionslinie die fremdsprachliche Vorbereitung sowie die Weiterbildung von Betreuern benachteiligter Jugendlicher;
- Kooperation zwischen den Institutionen der Jugendarbeit.

In "Jugend für Europa III" fließen damit spezifische jugendpolitische Elemente aus anderen, bisher bestehenden europäischen Programmen mit ein, wie zum Beispiel PETRA und TEMPUS. Die Umsetzung von "Jugend für Europa III" soll, wie bislang, vor allem in der Hand nationaler Agenturen liegen. In Deutschland ist dies das Deutsche Büro "Jugend für Europa", Hochkreuzallee 20, 53175 Bonn.

Die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden im Europäischen Parlament weiterhin Druck ausüben, damit eines Tages zehn Prozent aller Jugendlichen an dem europäischen Jugendaustausch teilhaben und so Europa hautnah erfahren können.

(-/26. April 1994/hgs/vo-he)

\*\*\*\*\*

### Moral und Doppelmoral

**Über die Macht der Medien, die Pressefreiheit und die Verantwortung der Journalisten:**

**Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB**

"Rot-schwarze Allianz gegen Pressefreiheit", so wurden vor kurzem im "Rheinischen Merkur" Bestrebungen zur Änderung des Presserechts kommentiert. Wehret den Anfängen! Das ist sicher ein durch Erfahrung berechtigter Grundsatz. Wer die Pressefreiheit gefährdet sieht, wie derzeit viele Journalisten, hat als Demokrat sogar die Pflicht, rechtzeitig für die Erhaltung dieses Grundrechts einzustehen. So weit, so gut. Was jedoch an der Debatte stört, ist einmal die Pauschalisierung der Vorwürfe gegen die Politiker, wie sie nicht nur in der Formulierung der Überschrift zum Ausdruck kommt. Zum anderen ist es die Tatsache, daß viele Hüter der Pressefreiheit selbst keinen Gedanken daran verschwenden, wie man in den eigenen Reihen erreichen kann, daß angesichts der Macht, die die Medien in unserer Gesellschaft haben, mit dieser Macht verantwortungsbewußt umgegangen wird.

Daß man mit Politsensationen, Sex und Crime mehr Geld verdienen kann als mit seriöser Berichterstattung, ist schon immer so gewesen und nicht Schuld der Medien. Aber man kann nicht auf der einen Seite kräftig dazu beitragen, die Moral zu verderben und auf der anderen Seite die verdorbene Moral beklagen. Wenn man jetzt immer häufiger lesen kann, wie notwendig Verantwortungsbewußtsein, Selbstbeschränkung, ethische Bindungen des einzelnen für jede Gesellschaft seien, fragt man sich manchmal, was denn dieselben Leute in der Vergangenheit für die Stärkung dieser gerade für die Demokratie lebensnotwendigen Eigenschaften getan haben? Natürlich werden viele sagen, sie hätten sich selbst stets an die Gesetze eines seriösen Journalismus gehalten. Auch dort, wo das stimmt, muß man doch die Frage stellen, was sie selbst vorschlagen, um den unbestreitbaren Auswüchsen zu begegnen.

Die Masse der Leser, also auch die Masse der Wähler, bezieht ihre Informationen, ebenso wie viele ihrer Urteile nun einmal aus den Medien, auch aus solchen, die es mit der Seriosität nicht immer genau nehmen. Dabei gibt's nicht nur solche, für die allein der Umsatz oder die Einschaltquote zählt, sondern auch andere, die mit dem Einfluß den sie haben, gerne mitregieren wollen, ohne die Folgen ihres Handelns zu verantworten, wie das die Politiker zumindest bei den Wahlen tun müssen. Auch von daher ist die Frage nach der Verantwortlichkeit von Journalisten und den Konsequenzen durchaus berechtigt. Das ganze Thema hat viele Seiten.

Die Menschen sind, wie sie sind. Das gilt für Medienkonsumenten, Journalisten und Politiker gleichermaßen. Aber wer mehr Macht hat, hat auch mehr Verantwortung, gleich wie die formalen Regelungen im einzelnen sein mögen. Wie man diesem Grundsatz in der Praxis mehr Geltung verschaffen kann, ohne die Pressefreiheit, die ja wie jede Freiheit auch nicht unbegrenzt sein kann, unbillig einzuschränken, darüber sollte man sich bei den Medien mehr Gedanken machen. Das würde der Demokratie mindestens so viel nutzen, wie die Kritik an zu weit gehenden Vorstellungen zur Änderung des Presserechts.

(-/26. April 1994/hgs/vo-he)

\*\*\*\*\*

### Das positive Bild der Alterskompetenz

**Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft 'SPD 60 plus' wird die SPD dem demographischen Wandel gerecht**

**Von Hans-Ulrich Klose MdB\***

**Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

...Die Arbeitsgemeinschaft "60 plus" will

- die Teilhabe an der politischen Willensbildung in und außerhalb der Partei;
- die Vertretung spezifischer Interessen der Älteren.

Letzteres wird immer im Vordergrund stehen, zumal in Deutschland, wo das Altern der Gesellschaft durch den demographischen Wandel vorprogrammiert ist. Ihr wißt es, wir wissen es. Aber die Politik und die Gesellschaft insgesamt nehmen es noch immer nicht hinreichend zur Kenntnis: Die deutsche (einheimische) Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nimmt ab und wird laufend älter. Der Prozeß ist besonders ausgeprägt bei uns, und zwar im Westen wie im Osten; er vollzieht sich aber - unterschiedlich von Land zu Land - in fast allen Staaten Westeuropas, auch in klassisch katholisch geprägten Ländern wie Italien, aber auch in Spanien.

Daß es in Regionen in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Westeuropa ganz anders aussieht, wißt Ihr auch. In Nordafrika zum Beispiel sind 50 Prozent der Menschen jünger als 21 Jahre. Was das für

Konsequenzen hat/haben könnte, darüber wird viel, aber eher intern diskutiert. Das verstehe ich. Denn die Diskussion ist schwierig. Eines aber müssen wir wissen: Der Zuwanderungsdruck auf Westeuropa, aus dem Süden und Südosten, wird eher noch zunehmen. Aufhalten können wir die Zuwanderung nicht. Stauern müssen wir sie aber, damit sie für Europa insgesamt und für die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich und politisch beherrschbar bleibt.

Dabei rate ich einerseits zu europäischer Abstimmung und Kooperation; im Alleingang wird die Steuerung nicht gelingen. Und uns selbst rate ich zu einer realitätstüchtigen Einschätzung der Konsequenzen. Von einer "multikulturellen Gesellschaft" reden oder schwärmen, ist eines; sie auszuhalten und friedlich zu organisieren, wenn verschiedene Zivilisationen mit bisweilen total - um nicht zu sagen totalitär - unterschiedlichen Auffassungen vom Menschen und seiner Freiheit aufeinanderstoßen - das ist die andere Seite. Ich werde nicht müde werden, auf diesen Punkt aufmerksam zu machen, weil ich die innen- und außenpolitischen Konsequenzen sehe und gestaltend beeinflussen möchte. Einige diskutieren sogar sicherheitspolitische Konsequenzen; aber darüber will ich heute nicht spekulieren.

Wichtig bleibt jedenfalls: Der demographische Wandel ist wirklich eine Revolution auf leisen Sohlen. Er wird die Bundesrepublik vielleicht noch stärker und nachhaltiger verändern als die Deutsche Einheit.

Es ist notwendig, die wachsenden Gruppierungen der Älteren zu integrieren und ihren schwächeren Teil sozial abzusichern. Materielle Armut im Alter ist nicht mehr das zentrale Problem des Alters in der Bundesrepublik Deutschland, wenngleich ihre Vermeidung immer noch zu den wichtigen sozialpolitischen Zielen gehört. Innerhalb der älteren als soziale Gruppe ist die Ungleichheit gewachsen (nicht zuletzt auch im Verhältnis West zu Ost). Es wird notwendig sein, Hilfsbedürftigkeit und soziale Leistungsfähigkeit auch unter den Älteren neu einzustufen. Die allgemeine Gleichung, alt gleich arm und krank, hat aber ihre Gültigkeit verloren. In den Vordergrund schiebt sich das Defizit an politischer Repräsentation, Artikulation und Zusammenführung der Interessen älterer Menschen. Es stellt sich damit auch die Frage, wie sehr und auf welche Weise das Gewicht der Älteren eine angemessene politische Bedeutung erhält.

Den Anwälten des Alters, wie sie sich in den Wissenschaften, in politischen Vertretungsorganen oder in Verwaltungen versammeln, gelingt es zunehmend, ein positives Bild der Alterskompetenz durchzusetzen. Dieser Trend ist positiv, wenn letztlich ein differenziertes Bild entsteht. Wenn allerdings das hinfällige Alter vernachlässigt beziehungsweise subtil diskriminiert wird, dann erheben wir Einspruch. Ich nenne als sozial-moralische Brüche und Verwerfungen im Zusammenhang des Alters: Vereinsamung, Lebensüberdruß, Schwerstpflege, Sterbehilfe. Ethische Orientierungen, Sinnfragen und fortschrittskritische Beurteilungen dürfen in unserer Diskussion nicht ausgeklammert werden.

Noch im hohen Alter sind beträchtliche Leistungssteigerungen im geistigen Bereich möglich. Auch die Vermutung, daß die körperliche Leistungsfähigkeit mit steigendem Alter unwiederbringlich verloren geht, erweist sich als Vorurteil. Ältere sind durchaus in der Lage, sich sinnvolle Tätigkeiten und Rollen zu erschließen, in denen sie mit ihrem Engagement institutionell eingebunden und gefordert werden. Der Begriff "neue Alte" drückt die Möglichkeiten und Chancen aus, die heute ältere Menschen haben.

Ich werbe dafür, Konsequenzen aus dem demographischen Wandel in allen Lebensbereichen zu ziehen, weil ich die Lebensqualität und auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes erhalten will. Ich plädiere ausdrücklich dafür, Erfahrungen und Perspektiven der Älteren in die Zukunftsplanung miteinzubeziehen. So paradox es manch einem vielleicht erscheinen mag: Das Bündnis mit den Älteren ist ein Zukunftsbündnis, ist eine Investition in die Zukunft.

Wenn wir das alles bedenken und durch politische Arbeit voranbringen - es wäre schon sehr viel.

Aber es ist noch nicht genug. Die neue Arbeitsgemeinschaft will sich und soll sich an der Willensbildung der Gesamtpartei beteiligen: Wir wollen mitreden nicht nur in der Sozialpolitik, nein, auch bei der Wirtschafts-, bei der Finanz-, bei der Umweltpolitik, bei Fragen der Stadtentwicklung und bei der Wohnungspolitik. Dabei werden wir uns an den Interessen und Bedürfnissen von älteren Menschen orientieren, ohne das Gemeinwohl aus den Augen zu verlieren. Vielleicht gelingt es gerade uns, den Älteren, besser als anderen, die Notwendigkeiten der Gesellschaft insgesamt zu sehen und zu vertreten. Die Älteren haben nun einmal den Vorteil größerer Erfahrung und größerer Abgeklärtheit. Es sollte uns leichter fallen als anderen, über den Tellerrand des eigenen Vorteils hinweg zu sehen...

(-/26. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

\* Rede auf der Bundeskonferenz "SPD 60 plus" am 26. April in Mainz